

Seminar
„Entwicklungszusammenarbeit:
ein thematischer Überblick aus ethnologischer
Perspektive“

an der Universität Trier
im Wintersemester 2004/2005
Fachbereich IV – Ethnologie
veranstaltet von
Corinne Neudorfer M.A.

Entwicklungspolitik
in Deutschland aus ethnologischer
Perspektive

Birgit Edlefsen,

Fleischstr.45, 54290 Trier

Tel.: 0651/73731

b.edlefsen@gmx.de

7. Fachsem. VWL/IBEL

Matr.-Nr.: 701051

Abgabezeitpunkt: 31.03.2005

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| Inhaltsverzeichnis..... | 2 |
| Abkürzungsverzeichnis..... | 3 |
| 1. Einleitung..... | 4 |
| 2. Ansatzpunkte, Potentiale und Erwartungen der Entwicklungsethnologie..... | 4 |
| 3. Grundlagen der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit..... | 9 |
| 3.1. Definition der Entwicklungspolitik..... | 10 |
| 3.2. Struktur und Motive der Entwicklungszusammenarbeit..... | 11 |
| 4. Entwicklungspolitik im Wandel der Zeit und ethnologische Perspektive..... | 14 |
| 4.1. Vergangene Dekaden der Entwicklungspolitik..... | 15 |
| 4.2. Nachhaltige Entwicklung..... | 18 |
| 5. Aktuelle Entwicklungspolitik unter Berücksichtigung des entwicklungsethnologischen Einflusses | 20 |
| 6. Fazit..... | 24 |
| 7. Literaturverzeichnis..... | 25 |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|--------|--|
| AA | Auswärtiges Amt |
| AGEE | Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie |
| BIP | Bruttoinlandsprodukt |
| BMZ | Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| BNE | Bruttonationaleinkommen |
| BSP | Bruttosozialprodukt |
| DAAD | Deutsche Akademische Austauschdienst |
| DAC | Development Assistance Committee (Ausschuß für Entwicklungshilfe) |
| DED | Deutscher Entwicklungsdienst |
| DSE | Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung |
| EU | Europäische Union |
| FZ | Finanzielle Zusammenarbeit |
| GTZ | Gesellschaft für technische Zusammenarbeit |
| InWent | Internationale Weiterbildung und Entwicklung - GmbH |
| KfW | Kreditanstalt für Wiederaufbau |
| IWF | Internationaler Währungsfonds |
| NGO | Non Governmental Organization |
| ODA | Official Development Aid (Öffentliche „Entwicklungshilfe“) |
| OECD | Organization for Economic Cooperation and Development |
| PRSP | Poverty Reduction Strategy Papers |
| PZ | Personelle Zusammenarbeit |
| TZ | Technische Zusammenarbeit |
| WTO | World Trade Organization |
| UN | United Nations, Vereinte Nationen (auch VN) |

1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit setzt sich mit der in der Literatur kontrovers diskutierten Thematik der Entwicklungspolitik aus einer entwicklungsethnologischen Sichtweise auseinander. Ziel dabei ist eine Einführung vor allem in die deutsche Entwicklungsethnologie, Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit zu geben. Des Weiteren wird untersucht und geprüft, in wie weit ein entwicklungsethnologischer Einfluss auf die Entwicklungspolitik nachgewiesen werden kann. Im Rahmen dieser Arbeit werden zunächst in Kapitel II Ansatzpunkte, Entwicklung, Potentiale und Erwartungen der Ethnologie innerhalb der Entwicklungsthematik erläutert. Das folgende Kapitel III behandelt die Grundlagen, wie Begriffsdefinitionen und – einschränkungen, sowie allgemeine Motive der Entwicklungspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit. Anschließend behandelt Kapitel IV die Entwicklungspolitik aus einer zeitdynamischen Perspektive, wobei auf die Inhalte der verschiedenen Dekaden der Entwicklungspolitik unter Einflussnahme entwicklungsethnologischer Grundsätze eingegangen wird. Das folgende Kapitel V konzentriert sich auf die Darstellung der aktuellen Entwicklungspolitik, wobei erneut der entwicklungspolitische Einfluss berücksichtigt wird. Zu der Fragestellung in wie weit die Entwicklungsethnologie tatsächlich in der deutschen entwicklungspolitischen Praxis Gehör findet, wird eine Antwort erarbeitet.

2. Ansatzpunkte, Potentiale und Erwartungen der Entwicklungsethnologie

Der Begriff der Entwicklungsethnologie existiert in Deutschland in der wissenschaftlichen Diskussion erst seit Beginn der 80er Jahre. Ethnologisches Engagement im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit steht dabei im Mittelpunkt. Geplante Entwicklung beziehungsweise Entwicklungszusammenarbeit stellen somit den potentiellen Forschungsgegenstand der Ethnologie dar. Betrachtet man die Rolle der Ethnologie innerhalb der Entwicklungsthematik im internationalen Vergleich, so stößt man umgehend auf elementare Unterschiede. In den USA und in Großbritannien beispielsweise gilt die Entwicklungsethnologie als akademisch etabliert und lässt zumindest in den USA auf eine ausgeprägte Tradition zurückblicken. Hierbei ist es wichtig zu beachten, dass die Legitimität ethnologischer Betätigung außerhalb des akademischen Rahmens unter Anthropologen nicht unumstritten ist. Die Ablehnung resultiert unter anderem daraus, dass Ethnologen im Dienste staatlicher Entwicklungsorganisationen kaum die Möglichkeit haben, bindende

Entscheidungen zu treffen, die nicht im politischen oder wirtschaftlichen Sinne der Geberorganisationen sind. Ein weiterer Grund für die Ablehnung ist auf die negative Erfahrung der „Cultural Anthropology“ mit anwendungsbezogener Forschung im Auftrag von Regierungsorganisationen der 60er und 70er Jahre zurückzuführen, wie zum Beispiele das sogenannte Camelot-Projekt¹ aber auch Beratertätigkeiten US-amerikanischer Anthropologen für die Armee während des Vietnam-Krieges (Prochnow, 1996: 1 f).

Innerhalb der deutschen Entwicklungsethnologie ist die Diskussion noch stets von Kooperationsforderungen einiger Ethnologen mit der institutionalisierten und vor allem der staatlichen Entwicklungspolitik geprägt. Obwohl die Diskussion inhaltlich ein weites Feld umschließt (siehe unten Darstellung Rudolph versus Schott), besteht Konsens darüber, dass Überzeugungsarbeit sowohl gegenüber der eigenen Disziplin, als auch der Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit geleistet werden muss. An die eigene Disziplin gerichtet, wird mehr Praxisbezogenheit und die Auseinandersetzung mit entwicklungspolitisch relevanten Fragestellungen gefordert. Gegenüber den Institutionen wird versucht, den Zusammenhang zwischen Kultur und Entwicklung zu verdeutlichen. Entwicklungszusammenarbeit wird nur dann erfolgreich sein können, wenn sie spezifisch ethnologische Konzepte, Methoden und Kenntnisse, sowie Ethnologen in ihre Planungsphasen und ihre Praxis einbezieht (Prochnow, 1996: 2 f).

Obwohl die Entwicklungsethnologie erst seit den 80er Jahren als kontinuierlicher Teilbereich der Ethnologie betrachtet werden kann, gab es bereits schon in den 50er Jahren², also seit dem Beginn der deutschen Entwicklungspolitik, Ansätze ethnologische Konzepte mit Entwicklung zu verbinden (Prochnow, 1996: 5 ff). In diesem Sinne betonte zu Beginn der 60er Jahre Rudolph die Notwendigkeit spezifische ethnologische Erkenntnisse und Konzepte, wie zum Beispiel den kulturellen Relativismus³ in die Entwicklungsplanung einzubeziehen, wenn sie nicht Gefahr laufen wolle, „mit grundlegenden ethnozentrischen Fehlkalkulationen zu operieren, die sich sowohl auf die technisch-wissenschaftlichen Analysen als auch auf das allgemeine Herangehen nachteilig auswirken können.“ (Rudolph, 1961: 7)

Des weiteren schätzte auch Rudolph die mögliche Rolle der Ethnologie innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit als eher skeptisch ein, da er der Meinung war, dass die

¹ Mehr zum Camelot-Projekt siehe Friedrichs, Jürgen (1980). Methoden empirischer Sozialforschung. Opladen. S. 37 ff.

² Erklärungsansätze für das relativ späte Einsetzen der entwicklungsethnologischen Diskussion liegen laut Jensen zum Beispiel darin, dass es einerseits in den 50er und 60er Jahren zu wenig ausgebildete Ethnologen gab und diese darüber hinaus von Museen und andere ethnologischen Instituten absorbiert wurden. Vgl. dazu und weitere Gründe in Prochnow, 1996: 13 f.

Entwicklungszusammenarbeit macht- und wirtschaftspolitischen Zwängen unterliegen würde, die ein grundlegend-richtungsweisendes Herangehen der Sozialwissenschaften an die Entwicklungszusammenarbeit völlig unmöglich machen würde. Die Idee von Seiten der Ethnologie bei der Lösung von Entwicklungsproblemen eine letztlich entscheidende Rolle zu spielen sei deshalb unrealistisch. Lediglich das Einschränken von Fehlschlägen in erträgliche Grenzen liege im Rahmen des Möglichen (Rudolph, 1961: 16 ff).

Im Vergleich zu Rudolph misst hingegen Schott zu Beginn der 60er Jahre dem ethnologischen Einfluss auf die Entwicklungszusammenarbeit eine bedeutend positivere Rolle bei. Seine Begründung beinhaltet neben der fachlichen Kompetenz einen noch wichtigeren ethischen Aspekt⁴. Dementsprechend habe ein Ethnologe die hohe ethische Verpflichtung den Menschen mit deren Leben, deren Kultur und Vergangenheit er sich wissenschaftlich beschäftigt zu helfen, die herausfordernde Entwicklungshürde der modernen Zeit zu meistern, einen Weg zu finden, der einen Übergang von ihrer in eine industrialisierte Welt ohne existenzbedrohende Schädigung erlaubt (Prochnow, 1996: 7 f). Die ethnologischen Forderungen der 50er und 60er Jahre führten jedoch zu keinem Wandel. Die innerhalb der 70er Jahre entstandenen deskriptiven Arbeiten von Köhler und Adrian⁵ leisteten zwar erstmals einen Beitrag, zu dem die Ethnologie im Rahmen von Entwicklungsprojekten imstande war, verzichteten jedoch auf die Thematisierung der Problematik der angewandten ethnologischen Forschung. Dies änderte sich mit einer Reihe von Publikationen in den 80er Jahren⁶, die sich mit dem Komplex Ethnologie und Entwicklungszusammenarbeit in praxisnaher Form auseinandersetzte (Prochnow, 1996: 9 f). Hierzu erscheinen die zehn in den 80er Jahren von Kievelitz entwickelten Thesen als erwähnenswert, die ebenfalls eine gezielte Annäherung zwischen Ethnologie und Entwicklungszusammenarbeit ebenfalls fordert und konkrete Gründe dafür nennt (Kievelitz, 1987, 82 ff).

Ein weiterer erfolgreicher Schritt in Richtung der institutionellen Verankerung der Entwicklungsethnologie ist die auf Initiative von Frank Bliss im Jahre 1985 gegründete „Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie“. Aus ihr entstand im Jahre 1991 der Verein „Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie e.V.“ (AGEE), der sich für folgende Ziele einsetzt: 1. Förderung der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Institutionen sowie

³ Kulturrelativismus fordert das Abstandnehmen von Wertungen über fremde Kulturen, was meist aus einem, nämlich dem eigenen kulturellen Hintergrund heraus erfolgt, was in der Ethnologie als ethnozentrisch bezeichnet wird (Antweiler, 1987: 47).

⁴ Dazu interessant: Bliss, Frank, Schönhuth, Michael, Zucker, Petra (Hrsg.) (2002). Welche Ethik braucht die Entwicklungszusammenarbeit? Beiträge zur Kulturkunde 22. Bonn.

⁵ Vgl.: U. Köhler (1971): „Gelenkter Kulturwandel im Hochland von Chiapas“ und H. Adrian (1975): „Ethnologische Fragen der Entwicklungsplanung“.

⁶ Wird zum Beispiel auch von Antweiler bestätigt (Antweiler 1996: 24).

Praktikern der Entwicklungszusammenarbeit über den Aufbau eines internationalen Kommunikationsnetzes; 2. Entwicklungsbezogene Problemstellungen aus ethnologischer Sicht einer breiteren Öffentlichkeit bewusst machen; 3. Alternativen zu gängigen Entwicklungsstrategien formulieren und Zusammenführung von ethnologischen und soziologischen Methoden und praktischen Tätigkeitsfeldern der Entwicklungszusammenarbeit. Die 80er und 90er Jahre erbrachten jedoch trotz der skizzierten Entwicklung nicht den von den Initiatoren erhofften Umfang innerhalb der Fachdiskussion. Außerdem wurde auf eine Stellungnahme bezüglich des entwicklungspolitischen Engagements weitgehend verzichtet (Prochnow, 1996: 9 f).

Die fehlende Partizipation in der entwicklungspolitischen Diskussion kann jedoch auch mit Hilfe eines weiteren wichtigen Aspektes, nämlich der Problematik der Anwendung, erklärt werden. Um diesen Aspekt näher zu durchleuchten, gilt es vorerst den Begriff der Entwicklungshilfe beziehungsweise der Entwicklungszusammenarbeit als entwicklungs-ethnologischen Gegenstand zu begründen. Abgesehen von Informationsgewinnung und Wissensanhäufung über Kulturen hat die Ethnologie die Aufgabe einen Beitrag zur interkulturellen Kommunikation zu leisten. Durch umfassende Kenntnisse von Kulturen ist es möglich, das Fremde verständlich und verstehbar zu machen. Außerdem sollen Hinweise auf eventuelle Konsequenzen von Veränderungen, wie etwa in Folge entwicklungspolitischer Eingriffe aufgezeigt werden können. Ein konfliktfreier Umgang zwischen Völkern steht dabei im Mittelpunkt. Das Fremde zu deuten und zu übersetzen ist deshalb so fundamental, da es sich bei Einzelkulturen in der Regel um geschlossenen Sinn- und Wertesysteme handelt, die ebenfalls über unterschiedliche Kommunikationssysteme verfügen, was wiederum oftmals zu Missverständnissen und Konflikten führt (Prochnow, 1996: 15 f).

Ein weiterer Grund besteht in der Verantwortung und Moral der Wissenschaft und deren Vertreter sowohl gegenüber der eigenen, als auch anderen Gesellschaften. Die Lebensverhältnisse vieler ethnischer Gruppen in den Entwicklungsländern verschlechtern sich in zunehmendem Maße. Ihre Minderheitssituation kann zur Zerstörung von kulturspezifischen Gesellschaftsstrukturen und zu damit einhergehender Verarmung führen. In diesem Fall wäre die Aufgabe der Ethnologie die eines Fürsprechers und Anwalts. Innerhalb der Öffentlichkeit der eigenen Gesellschaft ist der Einsatz gegen rassistische, ethnische, nationalistische und religiöse Vorurteile gefragt. Innerhalb der Entwicklungspolitik soll auf ethnozentrische Perspektiven des Entwicklungskonzeptes hingewiesen beziehungsweise diese vermieden werden (Prochnow, 1996: 17 ff).

Die Entwicklungspolitik wird von Seiten der Ethnologen als zu stark an ökonomischen und technischen Prämissen orientiert kritisiert und die Berücksichtigung von kulturellen Aspekten kann, wenn überhaupt als ungenügend betrachtet werden. Die Aufgabe der Ethnologie ist deshalb im Sinne der zu entwickelnden Gesellschaft und mit Hilfe ihrer spezifischen Kenntnisse korrigierend auf die Entwicklungspolitik einzuwirken. Das verfolgte Ziel stellt die Verbesserung der Lebensbedingungen der kulturell beziehungsweise ethnisch definierten Gruppen dar, die die potentielle Zielklientel entwicklungspolitischer Bemühungen sind. Bezüglich der Form der Einflussnahme herrscht unter den Ethnologen wenig Einverständnis. Das Spektrum reicht von einer kritischen Befürwortung einer direkten Kooperation innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit bis hin zur expliziten Ablehnung der gleichen. Deshalb haben sich in Deutschland drei konkurrierende Konzeptionen herausgebildet, denen sich die unterschiedlichen Rollenerwartungen der Ethnologie zuordnen lassen. Zu den drei Konzeptionen zählen erstens die Entwicklungsethnologie, die für diese Arbeit am relevantesten ist, zweitens die Ethnologie der Entwicklung, die jegliche Zusammenarbeit mit der Praxis ablehnt und lediglich die theoretische Auseinandersetzung mit der Thematik sucht (Prochnow, 1996: 20 ff) und drittens die Aktionsethnologie, die als eine ethnologisch ausgerichtete Forschung zur Lösung der Probleme ethnischer Gruppen betrachtet werden kann und somit nicht direkt mit der Entwicklungszusammenarbeit einhergeht, da es sich bei dem Auftraggeber um die ethnische Gruppe selbst handelt (Antweiler, 1986: 159). Aus diesen Gründen setzt sich die Arbeit im weiteren Verlauf lediglich mit der Sichtweise der Entwicklungsethnologie auseinander, die außerdem auch die bekannteste Konzeption darstellt. Sie steht primär für die Verknüpfung der Ethnologie mit der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (Prochnow, 1996: 21 f). Ihr Ziel ist es, den effektivsten Weg zu finden Einfluss auf die Praxis der Entwicklungspolitik zu nehmen, sie von innen heraus zu humanisieren, um so die Institutionalisierung der ethnologischen Perspektive zu erreichen (Antweiler, 1986: 158). Entwicklungspolitik kann ihrer Meinung nach nur dann erfolgreich sein, wenn die ethnologische Konzeption von Kultur, sowie ethnologische Ansätze und Methoden zum integralen Bestandteil aller Ebenen der Entwicklungszusammenarbeit werden und die Maßnahmen an die konkreten Umstände der Zielgruppe angepasst sind. Diese Forderung benötigt die permanente Präsenz von Ethnologen innerhalb der verantwortlichen Institutionen. Die Mitwirkung wird insbesondere innerhalb zweier Bereiche, nämlich der Verwaltung und der Projekte als notwendig erachtet. Die Verwaltung gilt als Planungsinstanz der Entwicklungszusammenarbeit, die Projektvorhaben prüft, bewilligt, plant und koordiniert, sowie Evaluierungen entgegennimmt. Da es der Verwaltung jedoch an notwendigem Wissen

über kulturbedingte Zusammenhänge mangelt, fehlt ihr nicht nur die Fähigkeit bei Entscheidungen gegebenenfalls von den eigenen kulturellen Werten und Normen zu abstrahieren, sondern auch die Einsicht der Notwendigkeit der Abstraktion. Diese ist notwendig, da sie Voraussetzung für ein nicht-ethnozentrisches Entscheidungsverhalten ist (Prochnow, 1996: 22 ff). Nachdem nun die Inhalte der Entwicklungsethnologie dargestellt wurden widmet sich das nächste Thema der Erläuterungen zu den Grundlagen Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit.

3. Grundlagen der Entwicklungspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungspolitik als neues Politikfeld wurde Mitte des vergangenen Jahrhunderts (1947) durch den damaligen nordamerikanischen Präsidenten Truman, im Rahmen des Kalten Krieges und der ost-westlichen Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, somit zu Ungunsten der ideologischen Attraktivität der Sowjetunion und zu Gunsten des kapitalistischen Blockes, ins Leben gerufen (Menzel, 1992: 137).

Im Allgemeinen betrachtet, bezeichnet die Entwicklungspolitik die Implementierung von Entwicklungsstrategien, also Maßnahmen die von entsprechenden Entwicklungstheorien⁷ abgeleitet sind, auf der politischen Handlungsebene. Des weiteren zielt die Entwicklungszusammenarbeit auf die Ebene der politischen Akteure ab und bezieht sich dabei auf die bi- und multilateralen Beziehungen zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern. Widmet man sich der Diskussion der Entwicklungsthematik in der Literatur⁸ der letzten Dekaden, so lässt sich schnell ein relativ trübes und kontroverses Gesamtbild erblicken. Problembehaftete und wenig optimistische Definitionsansätze des Entwicklungsbegriffes selbst (Nohlen, Nuschler, 2001: 55), sowie eine Fülle unterschiedlicher

⁷ In der Regel werden im entwicklungstheoretischen Kontext sieben Großtheorien erwähnt, die meist, abgesehen von den letzten beiden (6.+7.), auf die im weiteren Verlauf der Arbeit noch eingegangen wird, ökonomisch fundiert sind und somit ethnologische beziehungsweise kulturelle Aspekte fast gänzlich außer Acht lassen. Zudem können sie als ethnozentrisch und wenig kulturrelativistisch betitelt werden. Zu den Großtheorien zählen 1. die Wachstumstheorie/Modernisierungstheorie, 2. die Dependenztheorie, 3. das Zentralplanungsmodell, 4. das Neoliberale Modell (Washington Consensus), 5. das Gänseflugmodell, 6. das Konzept der kulturellen Bedingtheit von Entwicklung und 7. das Konzept der nachhaltigen Entwicklung. (Thiel, 2001: 11 ff)

⁸ Dazu interessant ein Beitrag von Menzel: „Eine Bilanzierung der Entwicklungszusammenarbeit [...] der Jahre 1960-1990 muss zu dem ambivalenten Befund führen, dass es einerseits in weiten Teilen der ehemals dritten Welt nicht gelungen ist, elementare Entwicklungsprobleme zu lösen, während in anderen Teilen der Welt ein bemerkenswerter Prozess gesellschaftlicher Modernisierung und nachholender Industrialisierung zu konstatieren ist. [...] Die ungelösten tatsächlichen Probleme und die Krisen der Entwicklungspolitik sind wiederum wesentliche Ursachen, warum auch die dem Politikfeld zugeordnete akademische Disziplin und deren publizistische Verarbeitung, also die großen Theorien über Entwicklung und Unterentwicklung und die daraus abgeleiteten Strategien, in Frage gestellt werden, [...]“ (Menzel, 1997: 98 f)

und teilweise konträrer Entwicklungstheorien (Thiel, 2001: 11 ff), „Negativ-Bilanzen“ der Entwicklungshilfe beziehungsweise der Entwicklungszusammenarbeit (Nuschler, 1985: 35) und zu guter Letzt auch entwicklungspolitische Versprechen vieler Industrieländer, denen keine Taten folgten (z.B. Sachs, 2005: 17). Die kontroverse Diskussion der Entwicklungsthematik innerhalb der Ethnologie wird durch die beschriebene Problematik ebenfalls nicht klarer und einfacher lösbar. Eine ernüchternde Erkenntnis, die es im Rahmen der folgenden Kapitel näher zu durchleuchten gilt.

3.1. Definition der Entwicklungspolitik

Unter dem Begriff der Entwicklungspolitik kann die Summe aller durch Industrie- und Entwicklungsländer eingesetzten und ergriffenen Maßnahmen und Mittel verstanden werden, die das Ziel verfolgen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer zu fördern, um somit die Lebensbedingungen der dortigen Bevölkerung zu verbessern⁹. Wichtig ist hierbei zu erwähnen, dass eine genaue Definition des Entwicklungsbegriffes deshalb nicht möglich ist, da er wie sein Gegenstand dauernder Veränderung unterworfen ist. Außerdem bezieht sich der Entwicklungsbegriff nicht auf einen statischen Zustand sondern auf ein Ziel (meist im nachholenden, ethnozentrischen Sinne, was erneut auch in der Literatur auf Kritik stößt, siehe beispielsweise Escobar, 1995: 4 ff). Es handelt sich deshalb um einen normativen Begriff, der von individuellen und kollektiven Wertvorstellungen in Raum und Zeit abhängig ist. Die Definitionsproblematik wird auch innerhalb des Brandt-Berichtes aus dem Jahre 1980 behandelt, in dem der Entwicklungsbegriff, weit gefasst, den Fortschritt beschreibt, der sozial und wirtschaftlich erwünscht ist, wobei es immer unterschiedliche Auffassungen im Bezug auf die Erwünschtheit geben wird. Andererseits besteht jedoch über Fachgrenzen hinweg ein gewisser „common sense“, dass Entwicklung vor allem an der Bekämpfung der schlimmsten Mangelerscheinungen, wie Hunger oder Krankheit ansetzen sollte (Nohlen, Nuschler, 1992: 56 f). Ein interessanter Definitionsansatz des Entwicklungsbegriffes „Das magische 5-Eck der Entwicklung“ wurde von Nohlen und Nuschler erarbeitet. Die Elemente des 5-Ecks sind nachhaltiges Wachstum, produktive und ausreichend bezahlte Beschäftigung, demokratische Gleichheit und Gerechtigkeit, Partizipation¹⁰ als basisdemokratische Entwicklung von unten und Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, als souveränes Recht, sowie „freedom from

⁹ Eine sehr interessante Aussage lautet, dass Entwicklungspolitik im Idealfall Entwicklungshilfe überflüssig machen würde (Nuschler, 1985: 12).

¹⁰ Interessante Übersicht zu Partizipationsformen in Thomi, 1996: 71.

servitud“. Ethnologische Grundsätze werden in diesem Modell hervorhebend berücksichtigt (Nohlen, Nuschler, 1992: 64 ff).

Trotzdem bleibt es jedoch bei einer praxisrelevanten Diskussion über Entwicklungspolitik unverzichtbar, über einen umfassenden Erklärungsansatz von Unterentwicklung zu verfügen, da bildlich gesprochen „eine wirksame Therapie eine gute Diagnose voraussetzt“. Wie bereits erwähnt, ist dabei das zu Grunde liegende entwicklungstheoretische Verständnis ausschlaggebend (Nuschler, 1985: 75). Kievelitz zum Beispiel sieht den gegenwärtigen Grund für Unterentwicklung in der Folge der weltwirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen, sowie einer zunehmenden Globalisierung im Sinne einer Vereinheitlichung von Kultur unter anderem durch neuzeitlichen Kolonialismus, Imperialismus, sowie durch hoch leistungsfähige Kommunikationsnetze. Dies führt wiederum zu einer weltweiten Veränderung der sozialen Umwelt und verstärkt das Machtgleichgewicht zwischen den verschiedenen Gesellschaften. Für die Entwicklungspolitik bedeutet das die Berücksichtigung folgender Grundsätze, nämlich dass entwicklungspolitische Eingriffe Rückkopplungswirkungen auf ideeller, sozialer, verhaltensspezifischer und materieller Ebene haben. Außerdem kann Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich nicht unabhängig von den globalen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen geleistet oder bewertet werden. Des weiteren muss die Überwindung des angesprochenen Abhängigkeitsverhältnisses erreicht werden (Kievelitz, 1988: 255 ff).

3.2. Struktur und Motive der Entwicklungszusammenarbeit

Die allgemeine Struktur der Entwicklungszusammenarbeit kann nach folgendem Muster dargestellt werden: Vorerst kann der sogenannte Ressourcenfluss¹¹ der Geber- an Empfängerländer in vier Gruppen eingeteilt werden, die da wären: 1. Öffentliche Entwicklungshilfe, 2. Sonstige öffentliche Leistungen, 3. Private Leistungen zu Marktbedingungen, sowie 4. Zuschüsse von NGO. Für die Entwicklungspolitik ist vor allem die erste Gruppe relevant¹² (Lachmann, 1999: 27). Die öffentliche Entwicklungshilfe wird im

¹¹ Vgl. Strukturmodell von Kievelitz auf der folgenden Seite 9. Ressourcenfluss ist dabei als Leistungstransfer von Wissen, Technologie und Kapital zu verstehen und ist an eine Reihe von Vergabekriterien gebunden (mittlerweile: Beachtung der Menschenrechte, Beteiligung der Bevölkerung an politischen Prozessen (Partizipation), die Gewährleistung von Rechtssicherheit, Schaffung einer marktfreundlichen Wirtschaftsordnung, sowie entwicklungsorientiertes staatliches Handeln) (Nohlen, 2002: 235 f).

¹² Wenn im entwicklungspolitischen Diskurs über Ausgaben anteilig am BIP eines Geberlandes diskutiert wird, dann bezieht sich dieser Anteil auf ODA.

Fachterminus auch mit ODA¹³ („Official Development Aid“) bezeichnet (Lachmann, 1999:121; Nuschler, 1985: 216). ODA¹⁴ kann erneut in drei Kategorien eingeteilt werden, a) bilaterale Zuschüsse, b) bilaterale Kredite und c) Beiträge an multilaterale Institutionen, wie beispielsweise die EU oder UN-Institutionen (Lachmann, 1999: 27).

Im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit kann als Instrumentarium auf Finanzielle Zusammenarbeit¹⁵ (FZ), Technische Zusammenarbeit¹⁶ (TZ) oder Personelle Zusammenarbeit¹⁷ (PZ) zurückgegriffen werden. Die Finanzielle Zusammenarbeit, die auch als Kapitalhilfe verstanden werden kann, stellt zwar, hinsichtlich des Volumens, die bedeutendste Säule der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dar, findet jedoch innerhalb der entwicklungsethnologischen nur indirekt Berücksichtigung. Bei der Technischen Zusammenarbeit hingegen steht durch die Vermittlung von technischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Kenntnissen und Fähigkeiten, die Hilfe zur Selbsthilfe, im Vordergrund. Die Menschen und Organisationen der Entwicklungsländer sollen dabei in die Lage versetzt werden, aus eigener Kraft ihre Lebensbedingungen zu verändern. Das Instrument der personellen Zusammenarbeit versucht die eigenverantwortliche, ethnologisch bedeutende Entfaltung der vorhandenen Fähigkeiten und Kenntnissen der Menschen in den Entwicklungsländern zu fördern. (Lachmann, 1999: 141 ff).

In diesem Sinne ist es lohnend das Strukturmodell der Technischen Zusammenarbeit von Kievelitz darzustellen. Es weist auf folgende vier Komponenten der Entwicklungszusammenarbeit hin, erstens die Prämissen, zweitens die Prinzipien, drittens der Projektzyklus, viertens die interkulturelle Kommunikation. Die Prämissen, die den Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit bilden, sind zum einen, dass es sich bei einer Aktivität der Entwicklungszusammenarbeit um eine zielgerichtete Veränderung eines als defizitär angesehenen Ausgangszustandes handeln muss, die mit externen Mitteln erreicht wird. Des weiteren erfolgen die Leistungen in Form eines Wissen-, Technologie- und/oder Kapitaltransfers von einer Geber zu einer Empfängerseite. Außerdem sind die Transfers in

¹³ Die ODA bezieht sich nach amtlicher Definition des DAC („Development Assistance Committee“ der OECD) auf direkte und indirekte Übertragungen der Industrieländer an die Entwicklungsländer, wenn sie von der öffentlichen Hand stammen, den wirtschaftlichen Fortschritt und die Wohlfahrt der Entwicklungsländer fördern.

¹⁴ Die Höhe der ODA in Deutschland fiel in den Jahren 1995 bis 1999 von 0,31% auf 0,27% des BSP. Prinzipiell haben sich die EU-Mitgliedsstaaten darüber geeinigt bis zum Jahre 2006 die 0,33%-Marke zu erreichen. Dieses vorläufige Ziel soll sich in einem ersten Schritt der international getroffenen 0,7%-Verpflichtung der Weltkonferenzen der vergangenen Entwicklungsdekaden annähern (BMZ⁹, 2005: 1).

¹⁵ Der Ablauf eines FZ-Projektes läuft in der Regel über das Mitwirken des Entwicklungslandes, der Bundesregierung, des BMZ und der KfW.

¹⁶ Mitwirkende bei einer TZ-Projekt-Durchführung auf deutscher Seite sind normalerweise das AA, das BMZ, sowie vor allem die GTZ.

¹⁷ Dieser Bereich der Entwicklungszusammenarbeit wird oft in Kooperation mit anderen entwicklungspolitischen Akteuren durchgeführt. Nennenswert dabei sind beispielsweise die DSE, InWent, der DAAD.

Form einzelner Projekte zeitlich, örtlich und inhaltlich festgelegt. Bei den Prinzipien kann auf eine Entwicklung von „oben und außen“ (50er Jahre) über „außen und unten“ (70er Jahre) nach „innen“ (80er Jahre) zurückgeblickt werden. Die Entwicklung von „innen“ hat sechs zentrale Ziele definiert: 1. Ländliche Regionalentwicklung, 2. Armutsorientierte Grundbedürfnisbefriedigung, 3. Selbsthilfeförderung, 4. Frauenförderung, 5. Partizipation und 6. Standortgerechter Landbau. Diese Prinzipien wurden ab den 80er Jahren zunehmend von deutschen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit verfolgt und unterstrichen, wodurch der Mensch und seine Umwelt zunehmend in den Mittelpunkt entwicklungspolitischer Strategien gerückt wurde und die Stärkung der regionalen Selbsthilfekräfte zunehmend als zentrale Aufgabe der Entwicklungspolitik gesehen werden konnte. Die dritte Komponente ist der Projektzyklus, eine idealtypische und standardisierte Durchführungsform von Projekten, der aus vier Abschnitten besteht, die da wären a) Projektfindung/-identifizierung, b) Projektprüfung/-planung, c) Projektdurchführung /-implementierung, d) Projektübergabe/-Ex-Post-Evaluierung und Nachbetreuung. Die letzte Komponente, die kulturelle Kommunikation, wurde als begleitendes Element jeder Form von Transfer im Zusammenhang eines Projektes zwischen Partnern verschiedener Länder erkannt und definiert. (Kievelitz, 1988: 34 ff; ein Fazit siehe Seite 179 ff)

Die Motive für entwicklungspolitische Entscheidungen basieren auf einer Vielzahl an einer Weltwohlfahrt orientierten, moralischen, ethischen¹⁸ und humanistischen, vor allem aber an Eigeninteresse orientierten, politischen und wirtschaftlichen¹⁹ Gründen, auf die jedoch aus Platzgründen nicht eingegangen werden kann (siehe dazu Lachmann, 1999: 7 ff). Es gilt dabei festzuhalten, dass in der Realität die moralischen und ethischen Gründen für entwicklungspolitische Aktivitäten gegenüber den ökonomisch und politisch orientierten Gründe zweitrangig sind²⁰. In diesem Sinne kann dann auf mögliche Inkonsistenzen, sowie Ineffizienzen der Entwicklungszusammenarbeit hingewiesen werden, die oft Ursache von Zielkonflikten zwischen Armutsbekämpfung und der Vertretung eigener Interessen sind²¹.

¹⁸ Hierzu ausführlich: Bliss, Frank, Schönhuth, Michael, Zucker, Petra (Hrsg.) (2002). Welche Ethik braucht die Entwicklungszusammenarbeit? Beiträge zur Kulturkunde 22. Bonn.

¹⁹ Eines der wichtigsten ökonomischen Argumente bezieht sich auf die positiven Auswirkungen entwicklungspolitischer Maßnahmen auf die Beschaffungs- und Absatzmärkte. Einerseits kann die Beschaffung wichtiger Rohstoffe aus den Entwicklungsländern gesichert werden und andererseits das zusätzliche Nachfragepotential nach Exporten der heimischen Industrie gefördert werden (Lachmann, 1999: 9 f). Dieses Interessenmotive gilt in starkem Maße für das export- und rohstoffabhängige Deutschland. (Vgl auch Bliss, 1997 1987: 11)

²⁰ Vgl. hierzu Kapitel 2, sowie Rudolph, 1661: 16 ff.

²¹ Dementsprechend ist beispielsweise bei der niederländischen Entwicklungspolitik folgender Fall aufführbar. In den beiden ehemaligen niederländischen Kolonien Surinam und Indonesien konnten Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen werden. Trotz dem eigentlichen Ziel, nämlich entwicklungspolitisch die Wahrung der Menschenrechte zu fördern, wurde das strategisch wichtigere Land Indonesien weiterhin gefördert, wohin

Es leuchtet ein, dass die beschriebenen Motive in ihrer Anwendung und Hierarchie dem Einfluss der Zeit unterworfen sind, worauf in dem nun folgenden Kapitel drei näher eingegangen werden soll.

4. Entwicklungspolitik im Wandel der Zeit und ethnologische Perspektive

Bezogen auf die entwicklungspolitische Vergangenheit spricht die Literatur normalerweise von unterschiedlichen Entwicklungsdekaden, die sich grob betrachtet jeweils auf unterschiedliche Konzepte der Entwicklungstheorie stützen und somit verschiedene Phasen der Entwicklungsthematik darstellen. Im allgemeinen gilt, dass vor allem zu Beginn der Entwicklungszusammenarbeit und –politik das Begriffsverständnis von Entwicklung mit wirtschaftlichem Wachstum gleichgesetzt wurde. Die ursprüngliche Idee dabei ist die Frage nach dem verfügbaren Kapital. Kapitalzufuhr induziert auch in den „unterentwickelten“ Ländern Wachstum, wodurch die Länder die Fähigkeit erlangen konnten, dem Modell der bereits entwickelten Ländern zu folgen (Menzel, 1992: 131). Es wurde nämlich erwartet, dass die ökonomischen und sozialen Erträge des Wirtschaftswachstums im „trickle down“ Effekt den allgemeinen Wohlstand heben würden (Bichmann, 2004: 75). Wachstumsstrategien bildeten in den folgenden 40 Jahren das Fundament der Entwicklungstheorien (Escobar, 1995: 83), die sich lediglich in ihrer Wachstumsform unterscheiden ließen²² (Menzel, 1992: 131). Es wurde angenommen, dass wirtschaftliches Wachstum die Entwicklung fördern würde und die Unterentwicklung somit im nachholenden Sinne bezwungen werden konnte. Die Einbindung der dritten Welt in den Weltmarkt würde dann einen Modernisierungsprozess initiieren, der dann einen Wandel der sozialen und kulturellen Institutionen der jeweiligen Gesellschaften zur direkten Folge haben würde. In der Realität blieb diese Folge jedoch aus und der Entwicklungsprozess stagnierte. Als Erklärung diente die ‚Resistenz‘ traditioneller Herrschaftsstrukturen, Verhaltensweisen und Einstellungen, was in Folge dessen dazu führte, dass Tradition und Traditionalität mit Rückständigkeit, Stagnation und Fortschrittsfeindlichkeit gleichgesetzt wurde (Prochnow, 1996: 44).

Die einzelnen Dekaden werden in dem nun folgenden Abschnitt konkreter dargestellt.

gegen die ODA an Surinam aus dem Grund der Nicht-Beachtung von Menschenrechten gestrichen wurde (Lachmann, 1999: 11 f).

²² Diese konnten beispielsweise neoklassisch, keynesianisch, neomerkantilistisch oder sozialistisch sein. Dementsprechend können den Institutionen Staat und Markt bezüglich der Wachstumsförderung ebenfalls unterschiedliche Rollen zugeteilt werden, wie da wären, Binnenmarkt versus Exportorientierung, Protektionismus versus Freihandel, Entscheidungen innerhalb der Verteilungspolitik, usw. (Menzel, 1992: 131).

4.1. Vergangene Dekaden der Entwicklungspolitik

Im Jahre 1961 wurde von der UN die erste Entwicklungsdekade proklamiert. Eine Entwicklungsdekade sei dabei als eine 10-Jahres-Periode zu verstehen, für die eine sogenannte Dekadenstrategie beschlossen wurde. Diese an die Entwicklungsländer angepasste Strategie umfasst in der Regel entwicklungsfördernde Globalziele, die mit Hilfe von quantifizierbaren Daten in Form eines Kataloges dargestellt wurden. Die definierten Globalziele weisen einen unverbindlichen Charakter auf. Das führt dazu, dass sie lediglich als Bewertungsgrundlage dienen können, um die nationalen und internationalen Anstrengungen der erfolgten Entwicklungszusammenarbeit zu messen. Dieses Vorgehen stößt auf den Kritikpunkt, dass es als unzureichend und einseitig betrachtet wird, die entwicklungspolitische Angemessenheit und Bewertung allein von der Seiten der Zieldaten zu betrachten. Außerdem wird die Berücksichtigung von notwendigen Eigenbeiträgen, zum Beispiel strukturelle Reformen, der betreffenden Entwicklungsländern vernachlässigt.

Es ist möglich auf insgesamt vier, jeweils offiziell von der UN ausgerufene Entwicklungsdekaden zurückzublicken, die den Zeitraum der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts umfassen²³. Eine fünfte Dekade, zu Beginn dieses Jahrhunderts wurde nicht mehr ausgerufen (Nohlen, 2002: 229 f). Betrachtet man die einzelnen Dekaden nun in konkreterer Weise so ist rasch festzustellen, zumindest bezogen auf die ersten beiden Dekaden, wie sehr wirtschaftlich orientiert die erstrebenswerten Zielgrößen sind: eine jährliche Zuwachsrate des BNE (Bruttonationaleinkommens) von 5%, des Pro-Kopf-Einkommens von 3%, der Industrieproduktion um 8,5%, der Landwirtschaft um 4%, außerdem eine Verbesserung der „terms of trade“ um 10% zu Gunsten der Entwicklungsländer. Die Ziele der folgenden Dekade sind im Groben gleich, jedoch erweitert durch eine Zielvorgabe bezüglich der Zuwachsrate der internen Sparquote der Entwicklungsländer von jährlich 0,5%, sowie eines Richtwertes der ODA der Industrieländern, von 0,7% des BNE. Die Zielwerte der ersten beiden Entwicklungsdekaden wurden entweder gar nicht oder nur mit unbefriedigenden entwicklungspolitischen Auswirkungen erreicht. Diese deutlich negativen Erfahrungen wurden unter anderem in den

²³ Die vier internationalen Entwicklungsdekaden sind, von geringfügigen Abweichung abgesehen, auch auf Deutschland bezogen gültig. Abweichung bestehen bezüglich unterschiedlicher Regierungsperioden, sowie die Entstehungsgeschichte des BMZ. Sie werden in der Literatur wie folgt bezeichnet: 1.Phase der Improvisation und des Aufbaus (1956~1969), wobei Entwicklungspolitik als Instrument der Diplomatie und der Außenwirtschaftspolitik galt. 2.Phase der Innovation (1969/70-1973/74): Entwicklungspolitik als eine aktive Politik. 3.Phase der Stagnation und des zunehmenden Pragmatismus (1974-1981): Entwicklungspolitik als Krisenmanagement (ÖL/Wirtschaftskrisen) 4. Ära der konservativ-liberalen Koalition (1982-Mitte der 90er): Entwicklungspolitik zwischen kurzfristigem Interessenkalkül und globaler Strukturpolitik (Nohlen, 2002: 236).

zwei sehr bekannten Evaluierungsberichten, nämlich dem Pearson-Bericht²⁴ aus dem Jahre 1969, sowie dem 1980 vorgelegten Brandt-Bericht²⁵ dargelegt und untersucht. Die ab Mitte der 70er Jahre zu beobachtende Neuorientierung, sprich die Durchsetzung der Grundbedürfnisse als neue Entwicklungsstrategie unterstrich weiterhin die Kurzsichtigkeit und einseitig wirtschaftliche Betrachtungsweise der Dekadenstrategen (Nohlen, 2002: 229 f). Die Grundbedürfnisstrategie wurde unter anderem auf Grund eines Handlungszwanges, der durch zunehmende Armut ausgelöst wurde, ins Leben gerufen. Aus ethnologischer Perspektive sind bei der Strategie unter anderem folgende Themen bedeutend: Einerseits die Erstellung von auf Regionen begrenzte Grundbedürfniskriterien, sowie Übersetzerfunktion solcher Bedürfnisse auf die Ebene der handelnden Organisationen, sowie andererseits die Erfassung der Voraussetzung, Möglichkeiten und Problemaspekte bezüglich der Partizipation der lokalen Bevölkerung, und so weiter (Kievelitz, 1988: 66 f).

Der Bedarf einer Modifizierung der Dekadenziele, sowie der Strategie besonders hinsichtlich der dritten Entwicklungsdekade lag somit auf der Hand. Im Rahmen der dritten Entwicklungsdekade wurden nun abgesehen von den herkömmlich genutzten Daten messbare soziale Zielgrößen bestimmt: Verringerung der Kindersterblichkeit, Erhöhung der Lebenserwartung, Verbesserungen der Wohnsituation, der Ausbildung, der Trinkwasserversorgung, sowie Bekämpfung von Hunger und Unterernährung. Da es jedoch während der 80er Jahre zur Weltwirtschaftskrise kam, die sich unter anderem an Hand der Abnahme des Handelsvolumen und Investitionen, Verschuldung oder Arbeitslosigkeit zeigen lässt, rückten die neu entwickelten Ziele wieder in den Hintergrund und wurden für unrealistisch empfunden (Nohlen, 2002: 229 f). Die gesamte Entwicklung führte sogar dazu, dass die dritte Entwicklungsdekade als das „Verlorenen Jahrzehnt“ bezeichnet wurde, was zur Folge hatte, dass man sich erneut auf ein wachstumsorientiertes Vorgehen stützte. Die Dekade wurde deshalb als verloren bezeichnet, weil die innovativen Ansätze der 70er Jahre (Neue Weltwirtschaftsordnung, Süd-Süd-Kooperation, Grundbedürfnisorientierung) als gescheitert angesehen werden konnten und die Situation der Entwicklungsländer bezüglich beispielsweise des Wirtschaftswachstums, des Pro-Kopf-Einkommens, der Migration oder

²⁴ Der Pearson-Bericht entstand durch die Evaluierungsuntersuchung einer Expertengruppe unter der Leitung des ehemaligen kanadischen Außenministers Lester Pearson im Auftrag der Weltbank. Ziel war es bezüglich der vergangenen Entwicklungspolitik begangene Fehler und bessere Methoden fuer die Zunkunft darzustellen und zu entwickeln. Die aus dem Bericht hervorgehende Empfehlungen sind ebenfalls stark wirtschaftlicher Art. (Vgl. Pearson, Lester (1969): *Partners in Development, Report of the Commission on International Development*, New York, Washington, London.)

²⁵ Der Brandt-Bericht mit dem Titel „Das Überleben sichern“ wurde 1980 durch die Nord-Süd-Kommission unter Vorsitz von Willy Brandt vorgelegt. Bezüglich der dramatischen internationalen sozialen Lage unterbreitete der Bericht zahlreiche Vorschläge zur Milderung und Lösung der Situation. Im Vergleich zum Pearson-Bericht

Hungersnöten eine äußerst negative Bilanz aufwies. Maßgebende Gründe für diesen Kurswechsel liegen zum einen darin, dass die Wirtschaftspolitik schlechthin von der Renaissance der Neoklassik, sprich der Wiederbelebung einer rein wachstums- und marktorientierten Wirtschaftspolitik geprägt wurde, die sich bis hin zur Entwicklungsökonomie durchschlug²⁶. Des weiteren sei die hohe Verschuldung der Entwicklungsländer zu nennen, die den IWF dazu veranlasste härtere Auflagen gegenüber den Schuldnerländern zu konzipieren, um erneut zur Bonität zu gelangen. (Menzel, 1992: 152 f). Trotzdem ist in den 80er Jahre, parallel zu dem Zeitraum in dem sich die Entwicklungsethnologie zunehmend etablierte²⁷, zumindest theoretisch eine Trendwende der deutschen Entwicklungspolitik erfolgt, die durch Stellungnahmen des BMZ belegt werden kann. Kultur wurde als zentrale Rahmenbedingung betrachtet und Entwicklung wurde nun als langwieriger Prozess, der mit kulturellem Wandel verbunden ist, verstanden. Ein Prozess, der weder mit finanziellen Mittel erreichbar, noch von außen machbar ist (BMZ, 1989: 232 f). In der Praxis blieb die skizzierte inhaltliche Neuorientierung innerhalb der Entwicklungspolitik jedoch vorerst noch aus. Denn die folgende vierte Entwicklungsdekade (90er Jahre) wurde zu Beginn durch eine weitverbreitete Ratlosigkeit der Entwicklungsexperten gekennzeichnet. Der Ost-West-Konflikt und somit die „Zweite Welt“ hatten ein Ende. Die „Dritte Welt“ hingegen blieb und das in zunehmend verarmender und sich selbst überlassener Form. Lediglich einigen wenigen ostasiatischen und öl-exportierenden Schwellenländer gelang es, Anschluss an die Welt der OECD zu finden (Menzel, 1992: 154 f). Konsens bestand jedoch darüber, dass die grundlegend veränderte geopolitische Landschaft, die darüber hinaus von wachsender Komplexität und Interdependenzen der Weltprobleme und der Globalisierung geprägt wurde, neue und erhöhte Anforderungen an das Entwicklungsdenken stellte. Zu Beginn der 90er Jahre legte das BMZ das Instrumentarium des sozio-kulturelles Rahmenkonzeptes vor, das der Forderung nach der Einbeziehung kultureller Faktoren nun auch praktisch gerecht werden sollte. Das sozio-kulturelle Rahmenkonzept lässt sich auch als Schlüsselfaktoren-Konzept darstellen, das aus den drei Schlüsselfaktoren Legitimität (Akzeptanz), Entwicklungsstand und sozio-kulturelle Heterogenität besteht (mehr dazu Prochnow, 1996: 50). Dem sei jedoch hinzugefügt, dass es sich auch bei dem Schlüsselfaktoren-Konzept eher um einen veränderten Präsentationsstil, als um einen Paradigmenwandel des BMZ handelt, obwohl es als solches dargestellt wird (Prochnow,

wird nun eindeutig Bezug zu sozialen und ökologischen Komponenten und Einflussfaktoren genommen. (Vgl. Brandt, Willy (1980): Das Überleben sichern. Köln.)

²⁶ Das empfohlene neoklassische Rezept beinhaltete zum Beispiel die Senkung der Staatsausgaben, Exportförderung und Steuersenkungen.

²⁷ Vgl. Kapitel 2.

1996: 79). Mitte der 90er Jahre entstand so ein politisch neues Konzept, womit die frühere Entwicklungshilfe abgelöst wurde. Die Entwicklungspolitik sollte nun als Globale Strukturpolitik verstanden werden, die einen integrierten Ansatz impliziert und eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht (Deutscher, 2001: 7).

4.2. Nachhaltige Entwicklung

Der 1987 vorgelegte Brundtlandt-Bericht²⁸ führte das Konzept des „sustainable development“ in die internationale entwicklungspolitische Diskussion ein. Es ging hierbei nicht mehr um ein nachholendes Entwicklungsverständnis, dass sich für viele Entwicklungsländer ohnehin als Illusion, wenn nicht sogar als Horrorvision erwies, sondern um das Hervorheben einer nachhaltigen und dauerhaften Entwicklung (Nohlen, Nuschler, 1992: 60 f).

Internationale Zusammenarbeit sowohl von Seiten der Industrieländer, als auch der Entwicklungsländer, muss auf die Veränderung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen hinarbeiten. Soziale Gerechtigkeit, Aufbau und Sicherung demokratischer Systeme, sowie die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sind wesentliche Bereiche die für Frieden und eine nachhaltige Entwicklung elementar sind (Deutscher, 2001: 7). Das in den Industrieländern entstandene Konzept der Nachhaltigkeit mag zwar vermeintlich sehr einsichtig klingen, bietet Escobar jedoch trotzdem erhebliche ethnologische Kritikmöglichkeiten, die sich auf eine nach wie vor ethnozentrische Sichtweise bezieht, denn „who ist this „we“ who knows what is best for the world as a whole?“ (Escobar, 1995: 193). Im Rahmen der sieben Großtheorien²⁹ der entwicklungstheoretischen Diskussion erweisen sich bezüglich einer integrativen und nachhaltigen Betrachtung zwei Ansätze als erwähnenswert, da sie über den Bereich des Ökonomische hinaus gehen. Da wäre einerseits das Konzept der kulturellen Bedingtheit von Entwicklung, die sich auf die 1905 erschienene Schrift „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ von Max Weber beruft, sowie andererseits das Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Bei dem erst genannten Konzept geht es im Wesentlichen darum, dass, laut den Studien Webers, ein Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und religiös-kulturellem Wertesystem aufzuweisen ist. Das heißt, dass Entwicklung ein Phänomen ist, dass sich nicht alleine durch wirtschaftliche

²⁸ Im Jahr 1983 wurde auf der UN-Vollversammlung die unabhängige UN-Sonderkommission „World Commission on Environment and Development“ unter dem Vorsitz der Norwegerin Gro Harlem Brundtland gebildet, die vier Jahre später ihren umfassenden, anerkannten und auf einen globalen Bewusstseinswandel abzielenden Bericht „Our Common Future“ vorstellte. (Vgl. Hauff, V. (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtlandbericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven.)

²⁹ Vgl. Seite 6, Fußnote Nr. 4 dieser Arbeit.

Faktoren erklären lässt, sondern in die Gesamtentwicklung einer Kultur eingebettet wird, die durch gesellschaftliche Institutionen und das spezifische Wertesystem beeinflusst³⁰ ist (Thiel, 2001: 13 ff). Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung hingegen gibt für die entwicklungspolitische Anwendung beziehungsweise Umsetzung weit mehr her. Im Vergleich zu allen übrigen Theorien blickt sie in die Zukunft und proklamiert die entgegengesetzte Zielsetzung „Einschränkung statt Expansion“. Normativ geprägt geht es nunmehr nicht darum was getan werden darf, sondern vor allem was nicht getan werden darf, damit die Welt weiterhin zukunftsfähig bleibt. Nachhaltig und dauerhaft ist eine Entwicklung dann, wenn sie die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen nicht mehr befriedigen können. Obwohl Ökonomen wie Arthur Pigou oder William Kapp schon früher verwandte Überlegungen anstellten, kann der Ursprung des Konzeptes im Jahre 1972, im ersten Bericht des „Club of Rome“ von Denis Meadows über die „Grenzen des Wachstum“ gesehen werden, gefolgt von dem oben genannten Brundtland-Bericht (Thiel, 2001: 16 f). Betrachtet man die Vielzahl der neuen entwicklungstheoretischen Ansätze, so lassen sich Gemeinsamkeiten, wie beispielsweise eine größere Realitätsnähe oder Handlungs- und Akteursorientierung feststellen, die die entwicklungspolitische Neuorientierung in Richtung Nachhaltigkeit und Integration unterstreichen. Gewinnen handlungs-, akteurs- und prozessorientierte Denkansätze an Bedeutung, so heißt das zugleich, dass die Verbindung zur entwicklungspolitischen Praxis in den Vordergrund rückt (Thiel, 2001: 29 ff).

Um im Sinne einer globalen nachhaltigen Entwicklung zu agieren, müssen die drei zentralen Ziele, nämlich produktives Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit respektiert und verfolgt werden. Außerdem bietet sich für das neue Entwicklungsparadigma ein ordnungspolitischer Rahmen an, der auf einem rechenschaftspflichtigen und demokratischen System basiert, mit marktorientierter Wirtschaftsordnung und einem handlungsfähigen Staat, der sich zu einer sozialen und ökologischen Verantwortung bekennt. Dem Staat wird somit ebenfalls eine neue Rolle zugesprochen. Diese Veränderung lässt sich gut an Hand der Kontroverse zwischen „Washington Consensus“³¹ und dem „Post-Washington Consensus“ ersehen. Der liberale und wenig interventionistische „Washington Consensus“ ist, nach Meinung des ehemaligen

³⁰ Vgl. dazu ein sehr passendes Zitat von Michael Bohnet, der dieser Theorie praxisbezogenen entwicklungspolitischen Inhalt gibt: „Wir müssen uns immer vor Augen halten: Entwicklungspolitik kann Menschen in Not helfen, vielleicht sogar Schneisen in das Meer des Elends schlagen – aber die Voraussetzung ist, dass ihre Lösungsansätze in der Geschichte und Kultur der betroffenen Menschen verankert ist.“ (Bohnet, 2001: 97).

³¹ Der Begriff „Washington Consensus“ kann als Ausdruck des marktradikalen neoliberalistischen Modells der 80er und 90er Jahre bezogen auf die Entwicklungspolitik der Bretton-Woods-Institute verstanden werden (Thiel, 2001: 12). Leitlinien, die in dem Konsensus zusammengefasst sind basieren auf wirtschafts- und ordnungspolitischen Prinzipien neoliberaler Provenienz (Nohlen, 2002: 866).

Chefökonom der Weltbank Joseph Stiglitz, reformbedürftig geworden. Staatliche Aufgaben, die sich lediglich auf die Sicherung eines gut funktionierenden, freien, internationalen Handels und makroökonomischer Stabilität konzentrieren, seien unzureichend. Eine heutzutage erfolgreiche Wirtschaftspolitik erfordere statt dessen auch regulatorische Schritte³². Letztlich steht der „Post-Washington Consensus“ für „more instruments and broader goals“, also einen eher keynesianisch, interventionistischen Staat (Bohnet, 2001: 97 f).

Außerdem sieht Stiglitz Entwicklung, von wirtschaftlichen Faktoren abgesehen, als „development is a transformation of society“ und vertritt somit auch im Sinne der Entwicklungsethnologie ein menschenzentriertes und partizipatives Entwicklungskonzept (Thiel, 2001: 29 ff).

Nun widmet sich jedoch das folgende Kapitel vier der aktuellen deutschen Entwicklungspolitik.

5. Aktuelle deutsche Entwicklungspolitik unter Berücksichtigung des entwicklungsethnologischen Einflusses

„Entwicklungspolitik ist heute globale Strukturpolitik, deren Ziel es ist, die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Verhältnisse in den Entwicklungsländern zu verbessern. Sie orientiert sich u.a. an dem Leitbild der globalen Nachhaltigen Entwicklung.“ (BMZ¹, 2005: 1)

Mit diesen Worten nahm die Rot-Grüne Regierung, innerhalb ihrer Koalitionsvereinbarung am 20. Oktober 1998 die Herausforderung einer funktionsfähigen und neuen Entwicklungspolitik an. Entwicklungspolitik wird nun als Baustein globaler Strukturpolitik (meint auch strukturelle Armutsbekämpfung) und Friedenspolitik betrachtet.

Gemäß des BMZ ist die deutsche Entwicklungspolitik ihrer Herausforderung gerecht geworden und hat sich von einer wenig politischen Entwicklungshilfe vor Ort und Förderung von Einzelprojekten weiterentwickelt zu einer globalen Struktur- und Friedenspolitik. Das Streben nach sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und politischen Strukturveränderungen in einem integrierten Ansatz steht dabei im Vordergrund. Quasi eine Globale Grundbedürfnisstrategie die mit dem umfassenden Aspekt der Nachhaltigkeit erweitert wurde. Eine wesentliche Aufwertung in der Entwicklungspolitik der Bundesregierung erfuhr dabei

³² Diese müssten besonders auf den Finanz- und Währungsmärkten erfolgen, eine wirksame Kartellpolitik

die als zunehmend wichtiger empfundene politische Dimension, sprich die Prävention von Krisen und die Unterstützung friedlicher Konfliktbewältigung, sowie Förderung aller Menschenrechte, demokratischer Strukturen, guter Regierungsführung und Gleichberechtigung der Geschlechter (BMZ¹, 2005: 1). Die hervorgehobene Friedenspolitik wird auch innerhalb der entwicklungsethnologischen Literatur zunehmend in den Mittelpunkt gerückt, denn die globale Dimension der Krisen- und Konfliktbewältigung, spielt sich meist in klassischen Feldforschungsgebieten der Ethnologie ab (Kievelitz, Beschke, 2003: 17). Im Rahmen der Friedenspolitik führte das BMZ seit 2000 „Strategic Conflict Assessments“ (Länderbezogene Strategische Konfliktanalysen) für 16 Länder der Welt ein, wobei der Präsenz von Sozialwissenschaftlern/Ethnologen bei der Durchführung eine wesentliche Bedeutung zugeschrieben wird. Die systematische Förderung lokaler Friedenspotentiale durch eine stärkere ethnische Perspektive steht dabei im Vordergrund und bietet Ethnologen in diesem Bereich durch ihren komparativen Wissens- und Erfahrungsvorteil³³ Aktionspotential (Kievelitz, 2003: 165 ff).

Ähnliches gilt für die ebenfalls zentrale strukturelle Armutsbekämpfung. In diesem Bereich wurden „Poverty Reduction Strategy Papers“ (PRSP) entwickelt, die partizipative Elemente und Prinzipien des „Empowerments“ und „Ownerships“ enthalten. Durch das dafür benötigte „Know-How“ wird der Bedarf an entwicklungsethnologische Erfahrungen von Seitens des BMZ und den Durchführungsorganisationen ebenfalls zunehmen (Bliss, 2004¹: 153).

Die besagten Strukturveränderungen sollen auf drei Ebenen beziehungsweise auf drei eng zu verbindenden Handlungsfeldern vollzogen werden. Auf der internationalen Ebene soll die Ausgestaltung internationaler Regelwerke und die Gestaltung globaler Rahmenbedingungen angestrebt werden. Durch weltumspannende internationale Strukturen und gemeinsames politisches Handeln, nach dem umfassenden Ansatz von „Global Governance“³⁴, kann nachhaltige Entwicklung verwirklicht werden. Die internationale Ausrichtung beziehungsweise Handlungsebene unterstreicht auch die aktuelle Veränderung des Entwicklungsverständnisses. Entwicklung stellt nun nicht mehr eine aufzuholendes Ziel der

ermöglichen und offene Märkte garantieren.

³³ Frank Bliss spricht davon, dass Ethnologen vor allem in den Bereichen Partizipation, bei der Verbindung von Ressourcenschutz und Armutsbekämpfung, und bei der Berücksichtigung von Gender beziehungsweise im Hinblick auf die Förderung der Dezentralisierung von staatliche Aufgaben über einen komparativen Vorteil verfügen (Bliss, 2004¹: 153 f) und deshalb bei der Behandlung dieser Themen eine zentrale Rolle einnehmen können und sollen (Bliss, 2004²: 221 f).

³⁴ Unter dem Begriff „Global Governance“ ist die Übernahme von globaler Verantwortung und der Aufbau von Strukturen verstanden, die globales Handeln ermöglicht. Dies erfordert keine Weltregierung, was ohnehin unrealistisch wäre, sondern zielt auf internationale Regime ab, die wichtige Bausteine der „Global-Governance“-Architektur geworden sind. Im Rahmen dieser Regime (z.B. WTO, Protokolle der UN) verpflichten sich die Staaten durch vertragliche Vereinbarungen zur Bearbeitung von gemeinsamen Problemen („global commons“) (Bohnet, 2001: 104).

Entwicklungsländer dar, sondern einen Prozess, der alle betrifft und deshalb ein gemeinsames und nachhaltiges Handeln erfordert. Die Entwicklungszusammenarbeit wird nun nicht zu letzt dadurch aus einer ebenfalls neuen Perspektive betrachtet.

Unter der zweiten Ebene werden die entwicklungsfördernden Strukturreformen in den Partnerländern verstanden. Vor Ort sollen notwendigen Reformen innerhalb der mit den Partnerländern vereinbarten Schwerpunktbereichen durch die Entwicklungspolitik wirksam unterstützt werden. Die dritte Ebene bezieht sich auf die Handlung und das Vorgehen im Inland. Die Entwicklungspolitik soll als Querschnittsaufgabe verankert sein. Ein Struktur- und Bewusstseinswandel in Richtung Nachhaltigkeit und eine kohärente³⁵ Gesamtpolitik im nationalen und europäischen Rahmen ist gefordert. Auf dieser Ebene soll ebenfalls Bildungs- und Aufklärungsarbeit geleistet werden. Es lassen sich vier wechselseitig miteinander verbundene Zieldimensionen für die nachhaltige Entwicklung daraus ableiten: Erstens soziale Gerechtigkeit, zweitens wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, drittens politische Stabilität und viertens ökologisches Gleichgewicht (BMZ², 2005: 1).

In diesem Rahmen hat die Bundesregierung das Aktionsprogramm 2015 erarbeitet und am 4. April 2002 im Kabinett beschlossen. Das Aktionsprogramm basiert auf die sieben Entwicklungsziele³⁶ der internationalen Staatengemeinschaft, wie sie zuletzt von allen UN-Mitgliedsstaaten beim Millenniumsgipfel im September 2000 in New York bekräftigt wurden. In dieser Arbeit der überstaatlichen Organisationen wurden auch Lösungsvorschläge aus den Reihen der Zivilgesellschaft und der Nichtregierungsorganisationen eingebracht. Außerdem wächst auch die Bereitschaft der Privatwirtschaft, sich auf international vereinbarte Ziele und Verhaltenskodizes festzulegen³⁷. Damit zeichnen sich bereits die Konturen eines globalen Ordnungsrahmen, einer „Global Governance“ für das 21. Jahrhundert ab (BMZ³, 2005: 1).

³⁵ Auf den Begriff Kohärenz wird im weiteren Verlauf noch intensiver eingegangen.

³⁶ Die sieben internationalen Entwicklungsziele für das 21. Jahrhundert lauten: 1) Halbierung des Anteils der in absoluter Armut lebenden Menschen bis zum Jahre 2015. 2) Universale Grundschulbildung in allen Ländern bis zum Jahre 2015. 3) Nachweisliche Fortschritte auf dem Weg der Gleichberechtigung von Mann und Frau zur Befähigung der Frauen zur Selbstbestimmung durch die Beseitigung des Gefälles in der Primar- und Sekundarschulbildung von Jungen Mädchen bis zum Jahr 2005. 4) Senkung der Sterblichkeitsrate bei Säuglingen und Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel und 5) Verringerung der Müttersterblichkeit um drei Viertel jeweils zwischen 1990 und 2015. 6) Zugang – über das System für die gesundheitliche Grundversorgung – zur Versorgung im Bereich der Reproduktiven Gesundheit für alle Personen im entsprechenden Alter so bald wie möglich, spätestens jedoch bis zum Jahr 2015. 7) Weitere Umsetzung der nationalen Strategien für eine nachhaltige Entwicklung in allen Ländern bis zum Jahre 2005, um zu gewährleisten, dass der gegenwärtige Trend, der auf den Schwund an Umweltreserven hinausläuft, bis 2015 auf globaler wie nationaler Ebene effektiv umgekehrt wird (BMZ³, 2005: 1).

³⁷ Vgl. dazu Bohnet; 2002: 72 ff. Im gleichen Aufsatz wird auch auf PPP eingegangen.

Zukünftige Herausforderungen der deutschen Entwicklungspolitik ergeben sich auf unterschiedlichsten Ebenen³⁸. Das angestrebte Konzept der Nachhaltigkeit erfordert eine prozessorientierte, auf Langfristigkeit angelegte und systematisch ausgerichtete, holistische Gesamtstrategie. Außerdem ist es wichtig, auf eine weitere grundlegende strukturelle Notwendigkeit der Entwicklungspolitik zu reagieren, nämlich die verstärkte Integration der entwicklungspolitischen Belange in andere Politikbereiche, auch Kohärenz genannt (BMZ°, 2005: 1). Das heißt, dass Entwicklungspolitik einerseits und Wirtschafts-, Handels-, Agrar-, Finanz- und Währungspolitik andererseits zunehmend zusammenwirken sollen. Kohärenz ist jedoch auch in nicht-wirtschaftlichen Politikbereichen, wie Umwelt-, Sozial- und Kulturpolitik äußerst wünschenswert. Entwicklungspolitik muss dementsprechend als Querschnittsaufgabe verstanden werden (Bohnet, 2001: 99).

Die eben beschriebenen Argumente führen notwendigerweise auch zu Fortentwicklungen der traditionellen Paradigmen der deutschen Entwicklungsstrukturen. Die enge Verknüpfung ökologischer, wirtschaftlicher, und sozialer Aspekte erfordert mehr Erfolg versprechende komplexere, sektorübergreifende Projekt- und Arbeitsstrukturen und flexiblere, kontextorientierte Prozessentwicklungsverfahren, was sich jedoch nicht als sonderlich leicht herausstellt (BMZ°, 2005: 1). Auch in diesem Bereich sind die Potentiale der Entwicklungsethnologie gefragt.

Interessant ist auch die Frage nach den Konsequenzen für künftige Entwicklungspolitik, die sich aus der kulturellen, politischen, ökologischen und ökonomischen Globalisierung ergeben. Die kulturelle Globalisierung soll kurz erläutert werden, da sie besonders in Bezug auf die Entwicklungsethnologie interessant ist. Es geht dabei um die weltweite Angleichung der kulturellen Werte durch Kommunikationstechnologien und Medien, sowie Tourismus und Konsum-Muster, aber auch internationaler Ideentausch. Diese Tendenz geht jedoch auch mit einer starken Gegenbewegung einher, die die Stärkung und Wahrung der kulturellen Identität als Ziel hat, was sowohl positive als auch negative Wirkungen mit sich bringt. Entwicklungspolitisch ergibt sich daraus die Forderung nach Dialogstrukturen, die gegenseitige Lernprozesse zwischen Kulturen fördern sollen (Bohnet, 2001: 104 ff). Zusammenfassend wird klar, dass die Herausforderungen an eine zukunftsfähige Entwicklungspolitik, denen es sich zu stellen gilt, enorm sind. Die Entwicklungspolitik ist gehalten, den weltweiten Risikoentwicklungen, wie wachsende Armut, Umweltzerstörung,

³⁸ Obwohl die Etablierung eines stabilen und leistungsfähigen Systems der Entwicklungsfinanzierung zwar eine zentrale Grundvoraussetzung für die Bewältigung der Herausforderung der nachhaltigen Entwicklung darstellt, wird in dieser Arbeit nicht weiter darauf eingegangen. Gleiches gilt für die Verbesserung der globale Finanz- und Handelsstrukturen, sowie der Verschuldungssituation der Entwicklungsländer.

Wanderbewegungen, steigenden Bevölkerungsentwicklung und militärische Konflikte entgegenzuwirken (Deutscher, Holtz, Röscheisen, 1998: 7). In diesem Sinne gilt Kievelitz Definition der Entwicklungszusammenarbeit auch für die aktuelle entwicklungspolitische Tendenz der Nachhaltigkeit. Er versteht darunter eine Anpassungsoptimierung, die einer langfristigen Existenzsicherung menschlicher Gruppen dienen soll (Prochnow, 1996: 79).

6. Fazit

Wie dem vorangegangenen Kapitel zu entnehmen ist, basiert die Neuorientierung der internationalen und globalen Entwicklungspolitik auf wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Interdisziplinarität. Die Sozial- und Kulturwissenschaften, besonders die Entwicklungsethnologie, entwickelten effiziente, aussagekräftige und qualitative Untersuchungsmethoden auf der Mikroebene (Bichmann, 2004: 75). Außerdem werden in diesem Sinne sozio-kulturelle Kompetenzen, administrative Anforderungen im sozio-kulturell heterogenen Milieu und die Befähigung der interkulturellen Moderation und Mediation erheblich an Bedeutung gewinnen. Diese Entwicklung zeugt zumindest theoretisch von einer Zunahme entwicklungsethnologischer Aspekte in der entwicklungspolitischen Praxis. Dafür bedarf es jedoch auch einer entwicklungsethnologischen Umorientierung beziehungsweise Anpassung an das neue Konzept. Obwohl sich die Neuorientierung schon seit 2000 abzeichnete, konnte ich diesbezüglich zwischen den Jahren 1999 und 2002 keine Beiträge in der Zeitschrift für Entwicklungsethnologie finden. Erst 2003 wurde die Ausgabe „Friedens- und Konfliktarbeit in Forschung und EZ-Praxis und der Beitrag der Entwicklungsethnologie“ herausgegeben. In der Folgeausgabe von 2004 erschienen erstmals ausführlich Beiträge zum Thema der „Poverty Reduction Strategy Papers“, was von Bliss unter anderem damit begründet wurde, dass das Thema innerhalb der entwicklungsethnologischen Diskussion schon längst überfällig erschien (Biss, 2004¹: 153). Ich denke, dass diese Aussage indirekt zu einer größeren entwicklungsethnologischen Aktivität in diesem Bereich aufruft, damit die Chance der höheren Integration der Entwicklungsethnologie innerhalb der neuen Form der Entwicklungszusammenarbeit dieses mal nicht verpasst, sondern wahrgenommen wird.

7. Literaturverzeichnis

Antweiler, Christoph (1986). Ethnologie als Praxis. Vorüberlegungen zu einer Ethnologie als praxisorientierte Forschung für ethnische Gruppen. In: Zeitschrift für Ethnologie 111. Seiten: 157-191.

Antweiler, Christoph (1987). Entwicklungsethnologie und die Suche nach neuen Wegen der Unterstützung Betroffener 1: Allgemeine Überlegungen zur Rolle der Ethnologie. In: Antweiler, Christoph, Bargatzky, Thomas, Bliss, Frank (Hrsg.). Ethnologische Beiträge zur Entwicklungspolitik. Bonn. Seiten: 41-56.

Antweiler, Christoph (1996). Engagierte Ethnologie in Deutschland – Neuralgische Punkte der aktuellen Diskussion. In: Bliss, Frank, Neumann, Stefan (Hrsg.). Ethnologische Beiträge zur Entwicklungspolitik 3. Bonn. Seiten: 215-235.

Bichmann, Wolfgang (2004). Die Rolle der nicht-ökonomischen Disziplinen in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Anforderungen an die Sozial- und Kulturwissenschaften. In: Zeitschrift Entwicklungsethnologie der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie e.V.. Jahrgang 13, Heft 1+2. Seiten: 75-90.

Bliss, Frank (2004¹). Einführung. In: Zeitschrift Entwicklungsethnologie der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie e.V.. Jahrgang 13, Heft 1+2. Seiten: 153-154.

Bliss, Frank (2004²). Entwicklungsethnologie in Deutschland. Eine persönliche Bilanz nach 20 Jahren. In: Zeitschrift Entwicklungsethnologie der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie e.V.. Jahrgang 13, Heft 1+2. Seiten: 207-225.

Bliss, Frank (1987). Einführung. In: Antweiler, Christoph, Bargatzky, Thomas, Bliss, Frank (Hrsg.). Ethnologische Beiträge zur Entwicklungspolitik. Bonn. Seiten: 9-20.

BMZ (1989). Aufgabenstellung (Terms of Reference – TOR) für sozio-kulturelle Länderkurzanalysen. In: Soziokulturelle Fragen der Entwicklungspolitik . Materialien Nr. 83. Bonn. Seiten: 67-68.

Bohnet, Michael (2002): Wirtschaftsethik und Entwicklungspolitik. In: Bliss, Frank, Schönhuth, Michael, Zucker, Petra (Hrsg.). Welche Ethik braucht die Entwicklungszusammenarbeit? Beiträge zur Kulturkunde 22. Bonn. Seiten: 72-81.

Bohnet, Michael (2001). Überlegungen zur Zukunft der Entwicklungspolitik. Von der Theorie zur Praxis. In: Thiel, Reinhold E. (Hrsg.): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie. Bonn. Seiten: 96-109.

Deutscher Eckhard, Holtz Uwe, Röscheisen Roland (1998). Zukunftsfähige Entwicklungspolitik. Eine Darstellung der wichtigen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der entwicklungspolitischen Konzeptionen der Fraktionen im Deutschen Bundestag. In: Deutscher Eckhard, Holtz Uwe, Röscheisen Roland (Hrsg.): Zukunftsfähige Entwicklungspolitik. Standpunkte und Strategien. Bad Honnef. Seiten: 7-21.

Deutscher, Eckhard (2001). Vorwort. In: Thiel, Reinhold E. (Hrsg.): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie. Bonn. Seiten: 7-8.

Escobar, Arturo (1995). Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World. Princeton.

Kievelitz, Uwe (1987). Ansatzpunkte für ethnologische Beteiligung an der Planung von Entwicklungsprojekten: Zehn Thesen am Beispiel des Kleinfischereiprojektes Tombo, Sierra Leone. In: Antweiler, Christoph, Bargatzky, Thomas, Bliss, Frank (Hrsg.). Ethnologische Beiträge zur Entwicklungspolitik. Bonn. Seiten: 73-92.

Kievelitz, Uwe (1988). Kultur, Entwicklung und die Rolle der Ethnologie: zur Konzeption einer Entwicklungsethnologie. Bonn.

Kievelitz, Uwe (2003). Strategic Conflict Assessment in German Development Cooperation: Approaches, Experiences, Impacts. In: Zeitschrift Entwicklungsethnologie der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie e.V.. Jahrgang 12, Heft 1+2. Seiten: 164-178.

Kievelitz, Uwe, Beschke, Roman (2003). Einführung der Hersausgeber. Krisen, Konflikte und die Rolle der Kultur- und Sozialwissenschaften. In: Zeitschrift Entwicklungsethnologie der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie e.V.. Jahrgang 12, Heft 1+2. Seiten: 15-24.

Lachmann, Werner (1999). Entwicklungspolitik. Band 4: Entwicklungshilfe. München.

Menzel, Ulrich (1992). 40 Jahre Entwicklungsstrategie = 40 Jahre Wachstumsstrategie. In: Nuschler, Franz, Nohlen, Dieter (Hrsg.): Handbuch Dritte Welt. Bonn. Seiten: 131-155.

Menzel, Ulrich (1997). Die Krise der Entwicklungspolitik und der hiesige entwicklungspolitische Exkurs. In: Zapotoczky Klaus, Gruber Petra C. (Hrsg.): Entwicklungstheorien im Widerspruch. Plädoyer für eine Streitkultur in der Entwicklungspolitik. Frankfurt. Seiten 98-106.

Nohlen, Dieter, Nuschler Franz (1992). Was heißt Entwicklung? In: Nuschler, Franz, Nohlen, Dieter (Hrsg.): Handbuch Dritte Welt. Bonn. Seiten: 55-75.

Nohlen, Dieter (2002). Lexikon Dritten Welt. Reinbeck.

Nuschler, Franz (1985). Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Bonn.

Pearson, Lester (1969). Partners in Development, Report of the Commission on International Development, New York, Washington, London.

Prochnow, Martina (1996). Entwicklungsethnologie. Ansätze und Probleme einer Verknüpfung von Ethnologie und Entwicklungshilfe: Zur Diskussion in der deutschsprachigen Ethnologie. Hamburg.

Rudolph, Wolfgang (1961). Entwicklungshilfe und Sozialwissenschaften. In: Sociologus 11. Seiten: 4-19.

Sachs, Jeffrey: „Die Reichen sind besser gewappnet“ Artikel in: Die Zeit Nr.2, Datum: 05.01.05.

Thiel, Reinhold, E. (2001). Einleitung – Zur Neubewertung der Entwicklungstheorie. In: Thiel, Reinhold E. (Hrsg.): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie. Bonn. Seiten: 9-34.

Thomi, W. (1996). Partizipation: „Zeitgeist“ oder neue Dimension in der Entwicklungszusammenarbeit. In: Bliss, Frank, Neumann, Stefan (Hrsg.). Ethnologische Beiträge zur Entwicklungspolitik 3. Bonn. Seiten 65-73.

Internetquellen des BMZ:

- BMZ⁰, www.bmz.de/de/service/infothek/fach/spezial/spezial054/spezial054_99b.thml
Abfrage: 06.01.2005
- BMZ¹, www.bmz.de/de/service/infothek/fach/spezial/spezial42/spezial042_1.html
Abfrage: 06.01.2005
- BMZ², www.bmz.de/de/service/infothek/fach/konzepte/bmz_konzepte/konzept119/a03.html
Abfrage: 06.01.2005
- BMZ³, www.bmz.de/de/service/infothek/fach/spezial/spezial42/spezial042_5html
Abfrage: 06.01.2005